

## **1. Demokratische Erneuerung fängt in der Kommune an**

Wir sind uns sicher: Unser Land braucht eine demokratische Erneuerung! Wir wollen, dass gute Argumente und Konzepte wieder eine Chance bekommen, konkrete Politik zu werden; wir wollen die Verkrustung, die die alten Parteien auf allen Ebenen verursacht haben, aufbrechen.

Die Demokratie in unserem Land befindet sich in einer tiefen Krise. Der politische Diskurs ist vergiftet. Vermeintliche und tatsächliche politische Gegner werden aus der selbsternannten „politischen Mitte“ diffamiert und diskreditiert. Im Fokus dieser Angriffe steht auch das BSW. Das haben wir nicht nur im Bundestagswahlkampf gemerkt. Wir lassen uns davon nicht einschüchtern; wir wissen, dass das BSW gebraucht wird. Wir wenden uns gegen die Spaltung der Gesellschaft, die von den etablierten Parteien – unterstützt von großen Teilen der Medien – verursacht wird, indem vom Mainstream abweichende Meinungen systematisch an den Rand gedrängt und diskreditiert werden.

Das BSW vertritt als einzige Partei in Deutschland einen klaren Kurs, der in der internationalen Politik auf Diplomatie und Interessenausgleich setzt, statt auf Eskalation und Aufrüstung. Den Schutz der Bürgerrechte gegenüber dem übergriffigen Staat und großen Tech-Unternehmen vertritt nur das BSW glaubwürdig. Dazu gehört unsere Forderung nach einer umfassenden Aufarbeitung der Coronapolitik – auch der Niedersächsische Landtag braucht dazu einen Untersuchungsausschuss. Wir sind der Auffassung, dass NGOs (*Non-Governmental Organisations*) nur dann mit öffentlichen Geldern unterstützt werden dürfen, wenn sie unabhängig sind und nicht Meinungsmache für Regierungen oder Parteien betreiben oder gar

oppositionelle Ansichten diffamieren. Deshalb fordern wir ein öffentliches Register, in dem staatliche Zuschüsse an Nichtregierungsorganisationen mit Verwendungszweck veröffentlicht werden.

Wir wollen eine gerechte Leistungsgesellschaft, die niemanden zurücklässt. Wir wollen, unabhängig von den sozialen Verhältnissen, jeden Bürger bei der Entwicklung seiner Fähigkeiten so unterstützen, dass er in Würde leben und seinen Lebensabend auskömmlich und sorgenfrei im Kreise seiner Familie genießen kann.

Wir wollen nicht, dass die absehbaren Zinszahlungen für die Kriegskredite der Merz-Regierung zulasten der Arbeitnehmer und des Mittelstands gehen oder zulasten derer, die bereits jetzt kaum über die Runden kommen.

Die Krise unserer Demokratie hat ihre Ursachen in der schlechten und ideologiegetriebenen Politik der alten Parteien, die die soziale Spaltung befördert hat und keine Antworten auf die wirtschaftlichen und technischen Herausforderungen unserer Zeit gibt. Die unfähigen Regierungen der letzten Jahre haben zugesehen und befördert, wie unsere Infrastruktur immer weiter zerbröckelt und dass Deutschland international immer weiter abgehängt wird. Durch die Globalisierung, Abgabe nationaler Autonomie an die EU, Lobbyismus, Fehlentwicklungen des Geld- und Finanzsystems, Kapitalkonzentration und die Privatisierungspolitik der letzten Jahrzehnte haben die Regierungen viele Entscheidungsmöglichkeiten aus der Hand gegeben und damit das Gemeinwohl hinter das Dogma von Renditejagd und Konkurrenzdenken zurückgestellt. Dieses Politikmodell ist an seine Grenzen gekommen. Durch die geplante exzessive kreditfinanzierte

Aufrüstungspolitik der Bundesregierung und EU ist zudem mit einer Militarisierung aller Lebensbereiche sowie einem dramatischen Sozialabbau zu rechnen.

Wir stehen für eine Politik im Sinne der niedersächsischen Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen wegkommen von der Kommerzialisierung und Überregulierung aller Lebensbereiche. Die Profiterwartungen von Wenigen dürfen nicht die notwendigen politischen Entscheidungen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung behindern. Die überbordende Bürokratie ist nicht nur im Alltag ärgerlich und hinderlich für die Wirtschaft, sie schwächt auch den sozialen Zusammenhalt. Wir wollen die alltäglichen Probleme der Menschen in den Blick nehmen und lösungsorientierte Ideen entwickeln. Dazu sind Bürgerbegehren als Mittel zu nutzen, um mehr Menschen für neue Problemlösungen zu mobilisieren. Das BSW ist das Gegenmodell zu den verkrusteten und ideologisierten Angeboten der anderen Parteien.

Bei der Bundestagswahl haben uns in Niedersachsen fast 190.000 Wähler ihr Vertrauen geschenkt. Das ist kein schlechtes Ergebnis, stellt uns aber noch lange nicht zufrieden. Wir haben gerade erst angefangen. Vor uns liegt der Aufbau unseres Landesverbands. Wir wollen noch in diesem Jahr in ganz Niedersachsen Gebietsverbände gründen. Ein Meilenstein wird die Kommunalwahl im Herbst 2026 sein. Unser Ziel ist, bei möglichst vielen Kreistagswahlen, Gemeinderatswahlen und bei den Wahlen zu den Räten der kreisfreien Städte anzutreten. Nachdem wir, laut dem offiziellen Ergebnis, den Einzug in den Bundestag vorerst nicht geschafft haben, werden wir umso entschlossener den Weg des politischen Neuanfangs über die Kommunen und die Verankerung vor Ort gehen. Wenn wir den Zustand unseres Landes sehen, wissen wir, dass es keine Zeit für politische Bescheidenheit gibt: Wir wollen nicht

weniger als eine Wiederherstellung unserer Demokratie und des Rechtsstaats.

## **2. Was vor uns liegt**

Als junge Partei sind unsere Strukturen noch nicht voll entwickelt. Vor uns liegt die Gründung von Kreisverbänden, die jeweils aus mehreren Landkreisen bzw. kreisfreien Städten bestehen werden. Das soll noch in diesem Jahr in ganz Niedersachsen passieren. Den Vorstand für diese Kreisverbände sollen dabei jeweils Sprecherräte mit mehreren Mitgliedern bilden, damit alle Kreise und kreisfreien Städte darin abgebildet werden können. Innerhalb der Kreisverbände sollen gewachsene Strukturen, Stammtische, Mitglieder- und Unterstützertreffen des BSW in einzelnen Gemeinden bzw. Städten oder Landkreisen gepflegt und ausgebaut werden.

Die Aufgabe der Kreisverbände besteht darin, die politische Arbeit der Partei vor Ort zu organisieren. Dafür erhalten die Kreisverbände ein Budget sowie die Möglichkeit, nach Außen für die Partei zu werben und an der innerparteilichen Willensbildung mitzuwirken. Das höchste Gremium der Kreisverbände ist der Kreisparteitag, der mindestens einmal im Jahr zusammenkommt und bis zu viermal im Jahr stattfinden kann. Zwischen den Parteitag des Kreisverbands führt der Sprecherrat die Geschäfte des Verbands. Dieser wird in der Regel alle zwei Jahre auf einem Parteitag gewählt.

Wenn es gut arbeitende Strukturen mit genügend Mitgliedern gibt, kann es mit Zustimmung des Landesvorstands Ausgründungen von Kreisverbänden auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise geben. Das BSW Niedersachsen wird in den nächsten Monaten um viele

hundert Mitglieder wachsen; wir freuen uns auf unsere neuen Parteifreundinnen und -freunde und werden sie in unsere Arbeit vor Ort integrieren. Wir wollen ins Gespräch kommen mit den Bürgern vor Ort, mit den Vereinen, Initiativen, Gewerkschaften und Interessenverbänden. Bereits jetzt müssen wir beginnen, die Kommunalwahl im Herbst 2026 vorzubereiten. Unser Ziel ist es, bei möglichst vielen Kreistags- und Gemeinderatswahlen anzutreten. Dabei wird der Landesvorstand eng mit den Sprecherräten in den Gebietsverbänden und den Mitgliedern in den kommunalen Gebietskörperschaften zusammenarbeiten. Der Landesvorstand wird in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern ein Kommunalwahlrahmenprogramm erarbeiten. Dabei können wir auf eine Reihe erfahrener Kommunalpolitiker zurückgreifen, die den Landesvorstand unterstützen. Das Rahmenprogramm kann durch die Mitglieder in den Kommunen ergänzt werden, indem die Problemlagen vor Ort berücksichtigt werden.

Die BSW-Mandatsträger und Fraktionen, die wir bei der Kommunalwahl gewinnen werden, vertreten das Programm und die Werte unserer Partei und unterstützen sie bei dem Aufbau von Parteistrukturen. Eine Grundlage für die Ausarbeitung unseres Kommunalwahlrahmenprogramms bilden die folgenden kommunalpolitischen Eckpunkte.

### **3. Kommunalpolitische Eckpunkte 2026**

Wir werden auf allen wichtigen kommunalpolitischen Feldern ein politisches Angebot erarbeiten, das zu den politischen Leitlinien der BSW-Bundespartei passt. Im Mittelpunkt unserer Politik steht ein Leben in Frieden und sozialem Wohlstand. Im Gegensatz dazu steht die

gigantische Aufrüstung, die besonders die Kommunen trifft. Als übergeordnete Forderung zu unseren kommunalpolitischen Eckpunkten vertreten wir, dass die Finanzierung der Kommunen so ausgestaltet werden muss, dass sie über ihre Pflichtaufgaben hinaus wirksam werden können und einen Beitrag zum Wiederaufbau unserer Demokratie leisten können. Wir fordern zudem kommunale Strukturen, die eine lebendige Debattenkultur ermöglichen: Bürgerparlamente, offene Foren und niedrigschwellige Beteiligungsformate sollen gezielt gestärkt werden, auch für unbequeme oder nicht-mehrheitsfähige Meinungen. Demokratie beginnt mit dem Zuhören.

### **3.1. Kommunale Friedenspolitik**

Vor dem Hintergrund der geplanten gigantischen Aufrüstung, die sich vor allem gegen Russland richtet, setzt sich das BSW für eine konsequente Friedenspolitik ein. So müssen kommunale Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um einen Ausbau der militärischen Infrastruktur zu verhindern. Der Auftritt der Bundeswehr bei Berufsmessen oder in Schulen zur Anwerbung von Jugendlichen ist zu unterbinden.

Werbung für die Bundeswehr durch kommunale Unternehmen oder an Bussen und Bahnen hat zu unterbleiben. Bereits in den Kitas muss mit einer Friedenserziehung begonnen werden.

Das Gedenken an die Opfer von Weltkrieg und Faschismus muss wachgehalten werden.

### **3.2. Arbeit und Soziales**

Kommunen vergeben zahlreiche Aufträge für die Sanierung der Infrastruktur, im Bauwesen, bei der Gebäudereinigung und in weiteren

Dienstleistungsbereichen. Wir wollen, dass bei der Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand nur solche Unternehmen ausgewählt werden dürfen, die tarifgebunden sind und gleichzeitig die tariflichen Bestimmungen sowie die Arbeitsbedingungen der jeweiligen Branche einhalten. Dies muss auch bei der Vergabe von Fördermitteln gelten.

Die Auslagerung von kommunalen Beschäftigungsverhältnissen lehnen wir ab. Die Reinigung öffentlicher Gebäude und kommunale Dienstleistungen gehören grundsätzlich in die öffentliche Hand. In diesen Bereichen setzen wir auf kommunale Verbände und Kooperationen, die Aufgaben wie die Abfallentsorgung, Gartenarbeiten, Reinigungsdienste, Straßenunterhalt oder Winterdienste durchführen.

Der Auswuchs an Koordinierungs- und „Beauftragtenstellen“ muss auf das Notwendigste begrenzt werden. Solche Stellen dürfen keinesfalls zur Gängelung von bürgerlichen Freiheiten führen oder für die Anmaßung hoheitlicher Aufgaben genutzt werden.

Bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II) sollen die Job-Center bei den Richtlinien zur Zumutbarkeit der Arbeit die konkreten Lebensumstände und bisherige Berufspraxis der Betroffenen berücksichtigen. Unzumutbare Arbeitsangebote können sanktionsfrei abgelehnt werden. Die Arbeitsumstände im Job-Center müssen so ausgestaltet sein, dass die Mitarbeiter in die Lage versetzt werden, die Betroffenen bei der Arbeitssuche zu unterstützen und zu begleiten. Die Mitarbeiter müssen hierfür so qualifiziert werden, dass sie den Betroffenen helfen können, einen Arbeitsplatz zu finden, der für einen guten Lebensunterhalt auskömmlich ist.

### **3.3. Wohnen und Bauen**

Die Kommunen haben die Aufgabe, ausreichend günstiges Bauland, insbesondere für junge Familien, auszuweisen. Außerdem können sie entscheidend daran mitwirken, ein gutes Angebot an Mietwohnraum bereitzustellen. Das führt zur Entlastung des Wohnungsmarktes und aufgrund der sinkenden Nachfrage auf dem freien Wohnungsmarkt zur Verringerung der Mieten. Das BSW fordert die Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer sowie die Eindämmung von Bodenspekulation durch eine Verpflichtung zur Bebauung unbebauter Grundstücke, auf denen laut Flächennutzungsplanung Wohnungsbau möglich ist.

Für die größeren kreisfreien Städte und die Landkreise fordern wir kommunale Wohnungsbaugesellschaften. Abhängig von der Situation vor Ort können auch kommunale Zweckverbände sinnvoll sein. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften wirken sich über zwei Faktoren direkt mietmindernd aus: 1) Darüber, dass sie nicht gewinnorientiert, sondern nur kostendeckend arbeiten. 2) Können Kommunen auf eigenen Grundstücken bauen, womit ein großer Kostenfaktor für die Mietpreise entfällt. Indirekt können alle Mieter profitieren, da das Angebot an günstigem Wohnraum steigt.

Vor allem für junge Familien, sowie für kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften, ist die Möglichkeit der Vergabe von Erbpachtgrundstücken zu günstigen Zinsen eine Möglichkeit, günstigen Wohnraum zu schaffen. Die Familie der Erbpächter muss bei Ablauf der Pachtzeit (zwischen 60 und 99 Jahren) ein Vorkaufsrecht haben.

Für private Investoren fordern wir eine Sozialquote von mindestens einem Drittel des geschaffenen Wohnraums.

Wir fordern einen qualifizierten Mietspiegel für Städte ab 20.000 Einwohnern.

Entscheidend für eine vernünftige Wohnungs- und Baupolitik ist die Mischung, die abhängig von den örtlichen Verhältnissen unterschiedlich sein kann. Bodenspekulation und Zweckentfremdung von Wohnraum durch Leerstand müssen bekämpft werden.

### **3.4. Gesundheitspolitik: Für eine flächendeckende ortsnahe Versorgung**

Wir wenden uns gegen die Schließung von Krankenhäusern und setzen uns für eine flächendeckende und ortsnahe Versorgung durch Haus- und Fachärzte ein. Gerade für die Notfallversorgung sind kurze Wege wichtig. Die Schließung von Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen lehnen wir ab. Die Kommunen sind gefordert, die kommunalen Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen auf den neusten Stand zu bringen und das Land aufzufordern, seinen Investitionsaufgaben in ausreichendem Umfang nachzukommen. Die Ausgliederung von Servicebetrieben aus den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes lehnen wir ab.

Wir fordern den Ausbau leicht zugänglicher und wirksamer sozialer und psychologischer Dienste. Nur so kann allen Menschen in schwierigen Lebenslagen schnell und unkompliziert geholfen werden. Das stärkt das Wohlbefinden und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Wir setzen uns darüber hinaus für eine verbesserte Entlohnung des Personals im Gesundheitsbereich ein.

### **3.5. Keine weitere Belastung für die Bürger – gegen die Erhöhung von Gebühren**

Durch die wirtschaftliche Misere der letzten Jahre geraten viele Kommunen zunehmend in eine prekäre Situation. Darüber hinaus wurden in der Vergangenheit immer mehr Aufgaben von Bund und Ländern auf die Kommunen abgewälzt. Eigene Einnahmen der Kommunen sind für die Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung und als Steuerungsinstrument unverzichtbar. Wir sind jedoch unbedingt der Auffassung, dass Gebühren wie Park- oder Abfallgebühren und kommunale Steuern bezahlbar bleiben und weitere Belastungen der Bürger vermieden werden müssen. Bund und Länder müssen deshalb auch eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Kommunen über die Mechanismen des Finanzausgleichs garantieren. Dafür wird sich das BSW auch im Bundesrat einsetzen.

Wir sprechen uns gegen höhere Parkgebühren aus. Bei der Abfallentsorgung hat sich die Privatisierung in vielen Fällen als Irrweg erwiesen. Straßenausbaugebühren treffen einzelne Anwohner häufig zufällig und willkürlich. Wir fordern deren Abschaffung. Wir sprechen uns gegen die aufkommende Idee von Verpackungssteuern aus. Diese nutzen nicht der Umwelt, sie machen vor allem das Leben der Menschen teurer.

Wir fordern die Gründung eines landeseigenen Investitionsfonds, der die Kommunen bei Investitionen unterstützt und mit notwendigem Kapital versorgt.

### **3.6. Verkehrspolitik – Gleichberechtigung von Fahrrad, Auto und gutem öffentlichen Nahverkehr**

Wir sprechen uns für eine vernunftgeleitete und gleichberechtigte Herangehensweise bei der Verkehrspolitik aus. Die ideologiegetriebene Politik gegen das Auto lehnen wir ab. Auto-, Fahrrad-, Fußgänger- und öffentlicher Nahverkehr müssen bei der Planung zunächst als gleich wichtig berücksichtigt werden. Nach diesem Maßstab soll vor Ort pragmatisch gehandelt werden.

Der öffentliche Personennahverkehr sollte gefördert und durch Sozialtarife attraktiver gemacht werden. Der ländliche Raum muss fast überall in Niedersachsen besser an öffentliche Verkehrsmittel angebunden werden.

### **3.7. Schule, Bildung und KiTa**

Die Kommunen und Regionen haben die Aufgabe, für eine gute Ausstattung der Schulen und Berufsschulen zu sorgen. Wir fordern, dass die Kommunen alle Anstrengungen unternehmen, um bauliche Mängel an den Schulgebäuden zu beheben und lernförderliche Rahmenbedingungen (z. B. Belüftung, Hitzeschutz, Lärmschutz, Räume für Stillarbeit und kleine Lerngruppen) zu gewährleisten. Die Kommunen müssen dafür sorgen, dass die Anzahl des Personals in kommunaler Verantwortung, dazu gehören insbesondere die Hausmeister, (Schul-)Sozialarbeiter, Reinigungs- und Verwaltungspersonal, den Forderungen der kommunalen Personalräte entspricht.

Zudem muss sichergestellt werden, dass die technische Ausstattung, die Internetverbindungen, die Ausstattung der naturwissenschaftlichen Labore auf den neuesten Stand gebracht werden.

Es ist die Aufgabe der Kommunen, Kindern und Eltern ausreichend und gute KiTa- und Krippenplätze zur Verfügung zu stellen. Die Beschäftigten müssen durch bessere Fachkräfteschlüssel entlastet werden.

Wir unterstützen die Bürgerinitiativen, die sich für wohnortnahe Schulen auch im ländlichen Raum einsetzen. Die Grundschüler brauchen kurze Wege und selbstständig organisierten Sozialkontakt. Das entlastet auch die Eltern und vermindert in der Folge den CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

### **3.8. Frauenschutzräume erhalten und ausbauen**

Frauenschutzräume wie Frauenhäuser, Beratungsstellen usw. aber auch Frauentoiletten in öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Raum müssen erhalten bleiben und ausgebaut werden. Diese Angebote sollten auch weiterhin Frauen vorbehalten sein.

### **3.9. Sport und Kultur**

Das Vereinsleben soll durch die Kommunen gefördert werden. Die Mitgliedschaft in Sport- und anderen Vereinen muss für jeden, insbesondere für jedes Kind, ermöglicht werden. Das sehen wir auch als eine Aufgabe der Kommunen an. In der Zeit der Vereinzelung als Ergebnis der Politik der letzten Jahre spielt der gemeinsame Sport im Verein eine wichtige Rolle. Dies sollte wieder ins Zentrum der Politik gestellt werden.

Zur Kultur gehört nicht nur die sogenannte „Hochkultur“. Lokale Feierlichkeiten und Bräuche sind genauso wichtig und dürfen nicht durch woke Richtlinien eingeengt werden. Politik hat die Aufgabe, sprichwörtlich und im übertragenen Sinne *Räume* für die Kultur und den kulturellen Austausch zu schaffen. Die Förderung von Kultur sollte nicht nur auf etablierte Akteure ausgerichtet sein, sondern auch Neues zulassen. Die Möglichkeit der Teilhabe aller gesellschaftlichen Schichten und Generationen an lokalen Veranstaltungen und Einrichtungen soll ermöglicht werden. Einen besonderen Fokus wollen wir auf die Förderung kultureller und anderer Angebote im ländlichen Raum legen. Wir fordern eine gute Ausstattung der Kreisvolkshochschulen, ein vielfältiges Kursangebot sowie eine faire Bezahlung der Mitarbeitenden.

### **3.10. Wirtschaftsförderung: Gute Infrastruktur und Bürokratieabbau**

Wir fordern ausdrücklich die Unterstützung von Existenzgründern und jungen Unternehmen durch Beratung von Hausbanken, unabhängige öffentliche Finanzierungshilfen oder die Bereitstellung von Gründerzentren als Anlaufstellen für Fragen und Hilfestellungen. Kommunen können für die Gründungsphase günstige Vermietungen für gewerbetaugliche Immobilien organisieren. Kommunen sollten bei der Auftragsvergabe den Unternehmenssitz berücksichtigen und als ein zentrales Kriterium beachten: Lokale Aufträge für lokale Unternehmen. Wir unterstützen die Ansiedlung von Unternehmen in den Kommunen durch die Bereitstellung von Gewerbeflächen zu vernünftigen Preisen. Die Kommunen sind dafür mitverantwortlich, dass eine gute Infrastruktur bereitgestellt wird.

Das monströse Ausmaß an Bürokratie geht zu einem Teil auch auf unbedachte Entscheidungen in den Kommunen zurück. Davon sind alle Bürgerinnen und Bürger betroffen. Betroffen ist das soziale Zusammenleben von uns allen und das wirtschaftliche Handeln von Arbeitnehmern und Unternehmern im Besonderen. Das BSW spricht sich für eine Vereinfachung der Informations-, Dokumentations- und Berichtspflichten aus. Wir sind für eine Verkürzung der Genehmigungs- und Antragsverfahren sowie eine klare Regelung der Zuständigkeiten. Wir fordern pragmatische und bürgerfreundliche Lösungen, „weniger ist manchmal mehr“.

### **3.11. Städtepartnerschaften – Für Frieden und Völkerverständigung**

Die meisten Kommunen pflegen Partnerschaften mit Städten und Gemeinden anderer Länder. Wir begrüßen solche Partnerschaften mit Kommunen und Städten *aller* Länder. Diese Partnerschaften fördern den kulturellen und wirtschaftlichen Austausch. Der Austausch führt zu gegenseitigem Verständnis und ist damit eine Keimzelle für den Frieden. Wir fordern, dass diese Partnerschaften nicht abhängig gemacht werden von dem Handeln der Regierungen der deutschen Partnerkommunen. Die Bürger und die Kommunen sind nicht für deren Handeln verantwortlich.

Das BSW spricht sich für das internationale Netzwerk „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) aus. Darüber hinaus unterstützen wir zivilgesellschaftlich getragene Städteforen, die lokale Friedensarbeit und generationsübergreifende Verständigung fördern. Diese können besonders für junge Menschen in ländlichen Regionen einen Zugang zur internationalen Verständigung eröffnen.

### **3.12. Umwelt- und Klimaschutz**

Von allen genannten Politikfeldern wirken sich vor allem der Wohnungsbau und die Verkehrspolitik auf die Umwelt und das Klima aus. Die sozialen Kosten für Klima- und Umweltfragen dürfen in diesen Bereichen nicht zu hoch werden. Anstelle von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, die das Leben teurer machen, sollten Ausgleichsmaßnahmen durch Aufforstungsprogramme, die Rekultivierung von Mooren und die kommunale Förderung von Energiesparmaßnahmen an Gebäuden, genutzt werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt zum Umwelt- und Klimaschutz ist die klare Ablehnung von Militarisierung und Aufrüstung. Jede Waffe in der Herstellung verbraucht wichtige Ressourcen, jede Waffe im Einsatz zerstört unsere Umwelt und beeinflusst unser Klima auch noch in Jahrzehnten. Als BSW setzen wir uns für zivile und nachhaltige Produktion, zivile Häfen und zivile Infrastruktur ein.

Wichtige Beiträge zum Klimaschutz sind auch die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und die bessere Erschließung der ländlichen Räume.

## **4. Landespolitik: Vernunft und Gerechtigkeit für Niedersachsen**

Auch den Einzug in den Niedersächsischen Landtag haben wir fest im Blick. Wir werden Ende nächsten Jahres ein umfassendes landespolitisches Programm erarbeiten. Angesichts der Bedeutung dieser Themen für unseren Landesverband wollen wir zentrale landespolitische Themen hier jedoch schon einmal aufwerfen.

Dazu gehört auch, dass das Verbrenner-Aus dringend rückgängig gemacht werden muss. Dafür muss sich die Landesregierung stark machen. Gerade für Niedersachsen ist es wichtig, dass wir Autos bauen, die auch Absatz finden. Insbesondere der Volkswagenkonzern, mit den besonderen Einflussmöglichkeiten der niedersächsischen Landesregierung, die wir erhalten und ausbauen wollen, sollte wieder bezahlbare Autos für Normalverdiener und Familien bauen. Polo, Golf und Passat waren und sind niedersächsische Exportschlager von Weltrang, aus deren Erfolgsgeschichte man viel für die Zukunft lernen kann. Das ist ausdrücklich kein Statement gegen die E-Mobilität, die selbstverständlich ihren Platz hat. Es ist ein Plädoyer für eine Technologieoffenheit, die wir in allen Produktionsbereichen brauchen. Technische Innovationen setzen sich durch, wenn die Käufer sie annehmen.

Zur Sicherung von Arbeitsplätzen setzen wir auf eine aktivierende Wirtschaftspolitik. Unternehmerische Entscheidungen, die in großem Ausmaß volkswirtschaftliche Auswirkungen haben, darf man nicht allein dem Markt und den Chefetagen der Großkonzerne überlassen. Der neue niedersächsische Ministerpräsident behauptet, das große Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung sei eine große Chance für die niedersächsische Wirtschaft. Diese Position lehnen wir aus zwei Gründen ausdrücklich ab: 1) Die Produktion von Waffensystemen ist kein nachhaltiges Wirtschaftskonzept. Rüstungsproduktion verursacht lang- und mittelfristig vor allem Schulden und Kosten, die zulasten der sozialen Aufgaben des Staates gehen werden. 2) Die konventionelle Aufrüstung beinhaltet die Logik eines Wettrüstens und kann schnell zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden, nach der die Waffen in einem Krieg tatsächlich zum Einsatz kommen. Durch Militarisierung

einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen zu wollen, ist eine Bankrotterklärung. Von Niedersachsen muss eine Initiative ausgehen, eine neue Friedensarchitektur in Europa zu errichten, die auf Entspannung, Interessenausgleich, internationale Zusammenarbeit und Abrüstung setzt.

In der Bildungspolitik fordern wir eine Aufwertung der Studien- und Ausbildungsgänge für das Lehramt und in der Medizin sowie in den Gesundheitsberufen an den Universitäten. Wir wollen, den Lehrerberuf, den Arztberuf und die Gesundheitsberufe allgemein attraktiver gestalten. Hierzu gehören Praxisnähe, Zugänglichkeit (z. B. NC) und Dauer von Ausbildung bzw. Studium, Arbeitsbedingungen und Einkommensperspektiven. Quereinstiegsmöglichkeiten dürfen nicht zu einer verschlechterten Qualität der Ausbildung führen. In unserer älter werdenden Gesellschaft brauchen wir eine bürgernahe, gute und verlässliche Gesundheitsversorgung vor Ort. Dazu gehört ausreichend gut ausgebildetes Personal.

Für die Universitäten fordern wir eine Zivilklausel. Militärische Forschung und Lehre hat an unseren Universitäten nichts zu suchen.

Inklusion bedeutet für uns, dass alle Menschen – unabhängig von körperlichen, geistigen oder psychischen Beeinträchtigungen – die gleichen Rechte und Chancen auf Teilhabe in allen Lebensbereichen haben müssen. Die Realität zeigt jedoch, dass die derzeitige Umsetzung von Inklusion oft an strukturellen Hürden scheitert und Betroffene im Alltag und Bildungssystem nicht ausreichend unterstützt werden. Wir setzen uns für eine konsequente Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und für wirksame Programme zur Integration von Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt ein – nicht als Ausnahme,

sondern als selbstverständlichen Bestandteil einer gerechten Gesellschaft.

Die kleiner gewordene Anzahl an Kindern und Jugendlichen darf nicht dazu führen, dass Schulen geschlossen werden. Wir fordern kurze Schulwege, gute Betreuungsschlüssel sowie eine umfassende Unterrichtsversorgung. Die Lehrpläne an den Schulen müssen vor allem für die ersten sechs Schuljahre darauf ausgerichtet werden, dass die Schülerinnen und Schüler grundlegende Fertigkeiten wie Lesen, Schreiben, Rechnen und Textverständnis vermittelt bekommen. Dies sollte mindestens in der Grundschule ohne die Zuhilfenahme digitaler Endgeräte erfolgen. Diese Fertigkeiten sind auch notwendig, um später das Lernen in naturwissenschaftlichen und berufsspezifischen Fächern zu erleichtern.

Bildungspläne und Prüfungsformate müssen auf Aktualität und Sinnhaftigkeit geprüft und ausgedünnt werden, um ohne zusätzlichen Leistungsdruck Zeit und Raum für die individuelle Entwicklung und wichtige Querschnittsthemen wie partizipative Demokratie- und Friedensbildung, Zeitgeschichte zu schaffen und Kreativität, soziale und sozio-emotionale Entwicklung zu fördern.

Werbeveranstaltungen der Bundeswehr und Wehrerziehung auch subtiler Art an unseren Schulen erteilen wir eine Absage. Soweit die Bundeswehr in berufsorientierende Maßnahmen eingebunden ist, muss sichergestellt sein, dass über die Gefahren des Berufes realistisch aufgeklärt wird. Der Beutelsbacher Konsens ist einzuhalten, d. h., es muss auch über gewaltfreie Alternativen der Konfliktbewältigung und Außenpolitik aufgeklärt werden.

Das Land Niedersachsen muss seinen Aufgaben bei den Investitionen in die Modernisierung von Krankenhäusern umfassend nachkommen. Die Krankenhausplanung soll in unserem Flächenland eine ortsnahe Versorgung sicherstellen. Die Zwei-Klassen-Medizin muss überwunden werden. Es darf nicht länger sein, dass gesetzlich Versicherte monatelang auf einen Facharzttermin warten müssen.

Wir fordern eine bessere personelle und materielle Ausstattung von Polizei und Justiz. Eine hohe Arbeitsbelastung und viele Überstunden sind zum Normalfall geworden. Wir sagen ausdrücklich: Das ist nicht normal!

Zur Finanzierung der notwendigen Ausgaben des Landes ist eine Reaktivierung der Vermögenssteuer, die vor allem Multimillionäre betraf, unerlässlich.

Im Mittelpunkt der Landwirtschaft in Niedersachsen sollte der bäuerliche Familienbetrieb stehen. Das wirtschaftliche Umfeld der Landwirte muss so funktionieren, dass sie ihre Einkommen über die Preise ihrer Produkte erwirtschaften können.

Die Landwirtschaft in Niedersachsen nimmt im bundesweiten Vergleich eine Spitzenposition ein und liegt noch vor Bayern an erster Stelle. In den vergangenen Jahren haben sich die Betriebe verändert – sowohl hinsichtlich ihrer Größe als auch ihrer strukturellen Vielfalt.

Ein durchschnittlicher Haupterwerbsbetrieb bewirtschaftet rund 90 Hektar Acker- und Grünland. Angesichts des hohen Arbeitsaufkommens sind landwirtschaftliche Familienbetriebe oft auf zusätzliche Arbeitskräfte angewiesen. Ziel muss es daher sein, sowohl ein auskömmliches Einkommen für landwirtschaftliche Familienbetriebe zu sichern als auch faire Löhne für angestellte Fachkräfte zu gewährleisten.

Ziel ist auch eine nachhaltigere Landwirtschaft. Eine umweltverträglichere Produktion, die auch das Wohl der Tiere berücksichtigt. Viele Landwirtinnen und Landwirte erkennen bereits den Wert einer ökologischeren Landwirtschaft.

Dadurch wird eine qualitativ hochwertige und gleichzeitig bezahlbare Lebensmittelversorgung für die Bevölkerung sichergestellt – ein Anspruch, an dem kontinuierlich weitergearbeitet werden muss.

Um die Zukunftsfähigkeit der niedersächsischen Landwirtschaft zu sichern, bedarf es eines konsequenten Schutzes vor unlauterem Wettbewerb und Billigimporten aus dem EU-Ausland und Drittstaaten. Gleichzeitig müssen überflüssige bürokratische Auflagen abgebaut werden, damit sich die Betriebe auf ihre fachliche Arbeit konzentrieren können.

Eine wirtschaftlich starke, zukunftsorientierte Landwirtschaft ist ein wesentlicher Pfeiler für die Entwicklung und den Erhalt lebenswerter ländlicher Räume. Dieses Potenzial gilt es gezielt zu fördern und zu stärken. Der Schutz der Tiere ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir stehen auf gegen Tierquälerei, illegalen Tierhandel und überlange Tiertransporte. Wir unterstützen unsere Tierheime und fordern, dass sie vom Land finanziell so unterstützt werden, dass sie ihre wichtige Arbeit erbringen können.

## **5. Das BSW ist die demokratische Erneuerungsbewegung für Deutschland, Niedersachsen und unsere Kommunen**

Viele der Verbesserungen, für die sich das BSW einsetzt, können in erster Linie auf Bundesebene erreicht werden. Armutssichere Renten

nach österreichischem Vorbild, eine friedliche und an rationalen Interessen orientierte Außenpolitik, ein starker Sozialstaat, der niemanden zurücklässt und ein gerechtes Steuersystem, das eine Umverteilung von Spekulanten und Milliardären, hin zu den Leistungsträgern unserer Gesellschaft gewährleistet. Für das alles und mehr setzen wir uns als gesamte Partei auf allen Ebenen ein. Aber auch vor Ort, in unserem Bundesland und unseren Kommunen können wir viel erreichen. Eine Aufarbeitung der Rolle der Gesundheitsämter bei den grundrechtverletzenden Coronamaßnahmen zum Beispiel, aber auch ein guter kommunaler Wohnungsbau oder ein Abbau kommunaler Bürokratie.

Die anstehende Kommunal- und Landtagswahl sind für das BSW Niedersachsen von sehr großer Bedeutung. Die Vorbereitung dieser Wahlen und die Wahlkämpfe selbst wollen wir als lebendige Mitgliederpartei gestalten. Wir sind uns sicher: So wie bisher kann es nicht weitergehen. Deutschland und Niedersachsen brauchen mehr Vernunft und Gerechtigkeit!